

Vorlage - VO/2019/07246

Wir bitten um Beantwortung, wie viel derzeit ein Platz

- im Hort
- im Ganztage an Schule

kostet. Hierbei bitten wir um Angaben unterteilt jeweils für Hort und Ganztage an Schule:

- Gesamtkosten pro Monat pro Platz
- Kosten Kommune pro Monat pro Platz
- Kosten Land pro Monat pro Platz (Zuschüsse des Landes direkt an Lübeck)
- Kosten Bund pro Monat pro Platz (Zuschüsse des Bundes direkt an Lübeck)
- Elternbeitrag pro Monat pro Platz

Wir bitten um Beantwortung der Frage bis zur Vorlage der neuen Jugendhilfeplanung für das kommende Kita-/Schuljahr, damit diese Informationen bei der Genehmigung der Jugendhilfeplanung berücksichtigt werden kann.

Begründung

Eltern zahlen nach Auskunft der Verwaltung Fachbereich 4 (Auskunft Herr Jürgensen in der öffentlichen Anhörung im Landtag zur Petition vom **12.12.2017** "Anerkennung der Betreuten Grundschulen als Kindertagesstätte" am **30.10.2018** in Kiel, Link zum Protokoll:

https://www.landtag.ltsh.de/export/sites/ltsh/infothek/wahl19/aussch/petition/niederschrift/2018/19-026_10-18.pdf

21 € mehr für einen Hortplatz, als Eltern für einen ganztägigen Platz im Ganztage an Schule (ganztägig = Betreuung von Schulschluss bis 16 Uhr, Ferien 8-16 Uhr). Die Qualitäten in den Horten unterliegen dabei den hohen gesetzlichen Standards des KitaG und der KitaVO. Die Qualitäten im Ganztage an Schule sind geringer und unterliegen nicht dem KitaG und nicht der KitaVO. (Ausnahme: Höherer Fachkräfteschlüssel im Ganztage in Schule als in Hortgruppen in der Gruppe GanztagePlus, sofern diese als exklusive Gruppe geführt und der dortige bessere Betreuungsschlüssel nicht auf den Gesamtmitarbeiter*innen-Pool an dem jeweiligen Schulstandort umgelegt wird, so dass dann der Gesamtbetreuungsschlüssel im Ganztage an Schule am jeweiligen Schulstandort zwar verbessert, dieser aber weiterhin weit unter dem Schlüssel von 1,5 päd. Fachkräften nach KitaG pro 15 Kinder bleibt).

Um eine bedarfsgerechte Schulkinderbetreuung zukunftsfähig aufzustellen, dies auch mit Blick auf den anstehenden Rechtsanspruch auf Schulkinderbetreuung ab 2025, sehen wir es als notwendig an, dass der Kommunalpolitik, den Elternvertretungen sowie interessierten Lübecker*innen im Allgemeinen über eine Anfrage in der Bürgerschaft die Kosten der zwei Betreuungsformen pro Kopf pro Monat bekannt gegeben werden.

Mit dem Wissen um die oben erbetenen Kosten können die zuständigen Fachausschüsse Jugendhilfe, Schule/Sport und die Lübecker Bürgerschaft in Zusammenarbeit mit der Verwaltung, den Elternvertretungen der Kindertageseinrichtungen sowie Schulen eine bedarfsgerechte Schulkinderbetreuung im Interesse der Bürger*innen sicher stellen.

Der Abbau der Horte wurde zudem seitens der Verwaltung mit den im Vergleich zum Ganztage an Schule höheren Kosten begründet. Da Eltern mittlerweile - siehe oben - nur geringfügig mehr für einen Hortplatz im Vergleich zum Ganztage an Schule zahlen, sehen wir es als notwendig an, zu erfahren, wo Kosten durch die Umschichtung der Hortmittel gespart werden. Denn eine Verlagerung der Betreuungskosten einseitig zu Lasten der Eltern durch den Abbau der Schulkinderbetreuung in Horten und Auslagerung an die Schulstandorte sehen wir mit Blick auf das Ziel von Familienfreundlichkeit in Anbetracht der insgesamt hohen Belastung von Familien mit Kinderbetreuungskosten als nicht zielführend an. Dies auch deshalb nicht, weil die Landesregierung im Zuge des Gute-Kita-Gesetzes in Verbindung mit der Novellierung des KitaG Schleswig-Holstein eine Deckelung der Elternbeiträge in Kindertageseinrichtungen auf 200€ pro Monat sowie in noch nicht feststehender Form Sozialstaffelungen und Geschwisterermäßigungen plant. Diese Deckelungen werden - wie auch derzeit - rechtlich nur für Kindertageseinrichtungen nach dem KitaG und somit auch für Horte gelten. Für die Schulkinderbetreuung im Ganztage an Schule und anderen Formen der OGS/Betreuten Grundschule werden diese Ermäßigungen nicht gelten und nur über freiwillige kommunale Regelungen ermöglicht werden können. Denn Ganztage an Schule unterliegt nicht dem KitaG, s.o. Vor diesem Hintergrund kann es daher geschehen, dass zukünftig für Eltern ein Hortplatz erheblich günstiger als ein Platz im Ganztage an Schule/OGS/Betreute Grundschule werden wird, sofern Lübeck nicht die Elternbeiträge im Ganztage an Schule/OGS/Betreute Grundschulen freiwillig mit kommunalen Mitteln subventioniert.

Antwort Nr. VO/2019/07246-01 öffentlich:

Für eine tägliche Betreuungszeit von 4 Stunden entstehen für Horte und Ganztage an Schule folgende monatliche Kosten:

	Hort	Ganztage an Schule
HL	230,78	59,56
Land	47,66	22,50*
Eltern	141,00	120,00
Gesamt	419,44	202,06

* Die Landesförderung erfolgt aus der Richtlinie „Offene Ganztage sschule“ des Landes, ein Anspruch auf einen Betreuungsplatz ist daraus nicht gegeben.

Eine Förderung durch Bundesmittel erfolgt nicht.

Gegenwärtig wird „Ganztag an Schule“ mit jährlich insgesamt 5.077.192 Euro gefördert, davon

- durch die Hansestadt Lübeck:
2.935.644 Euro für die Betreuungsleistung und 1.041.548 Euro für Sozialstaffelaufwendungen, sowie

- durch den Stiftungsverbund „Lübecker Bildungsfonds“ 1.100.000 Euro für Sozialstaffelaufwendungen.

Ergänzend zu der erbetenen Antwort soll die Entwicklung der Schulkindbetreuung noch einmal kurz aufgezeigt werden.

Mit der Entstehung der sog. Betreuten Grundschulen entschieden sich immer mehr Eltern, ihre Kinder statt in Horten in den Betreuten Grundschulen betreuen zu lassen. Diese Entwicklung hat die Verwaltung bewogen, dass Betreuungsangebot der Betreuten Grundschulen in den Blick zu nehmen.

Die Hansestadt Lübeck hat dann Qualitätsstandards für die Betreuung von Kindern im schulischen Umfeld entwickelt und zum Angebot „Ganztag an Schule“ ausgebaut, so dass zum Sommer 2019 alle Lübecker Grundschulen nach diesem Modell arbeiten.

Mit diesem Modell hat die Hansestadt Lübeck verbindliche Standards für die Betreuung im schulischen Umfeld geschaffen und für Schleswig-Holstein eine wegweisende Entwicklung initiiert. Gleichwohl ist der Prozess nicht abgeschlossen, in einem seit längerem bestehenden Dialog zwischen Trägern, Politik und Verwaltung werden mögliche Optimierungen des Modells erörtert.